

Hinweise zur Datenverarbeitung

Wir erheben und verarbeiten personenbezogene Daten. Daher sind wir aufgrund der EU-Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) seit dem 25.05.2018 verpflichtet, folgende Hinweise zu erteilen.

1. Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen

Verantwortlicher für die Datenverarbeitung ist:

RPM Dres. Ruge Purrucker Makowski – Partnerschaft mbB – Rechtsanwälte

Kehdenstraße 18-22 / Faulstraße 12-18, 24103 Kiel

Tel.: (04 31) 97 41 6 - 0

Fax: (04 31) 97 41 6 - 32

E-Mail: info@rpm-recht.de

2. Datenschutzbeauftragter

Datenschutzbeauftragter ist:

Rechtsanwalt Malte Lück

c/o RPM Dres. Ruge Purrucker Makowski – Partnerschaft mbB – Rechtsanwälte

Kehdenstraße 18-22 / Faulstraße 12-18, 24103 Kiel

Tel.: (04 31) 97 41 6 - 77

Fax: (04 31) 97 41 6 - 32

E-Mail: RALueck@rpm-recht.de

3. Erhebung und Verarbeitung personenbezogener Daten in Mandatsverhältnissen

Wir erheben und verarbeiten personenbezogene Daten von Mandanten beziehungsweise von deren Vertretern. Insbesondere erheben wir bei Mandatsbeginn üblicherweise folgende Daten:

- Name
- Anschrift
- Weitere Kontaktinformationen (Telefonnummer, E-Mail-Adresse, Fax)

Je nach Inhalt des Mandats erheben wir bei Mandatsbeginn und/oder im Verlauf der Mandatsbearbeitung häufig auch weitere personenbezogene Daten. Dies können zum Beispiel folgende Daten sein:

- Beruf und/oder Arbeitgeber
- Familienstatus

- Lebensalter
- Inhaberschaft an einem Bankkonto, Aktiendepot oder Gesellschaftsanteilen
- Eigentum an einem Kraftfahrzeug
- Eigentum an einer Immobilie
- Aufenthalt an einem bestimmten Ort zu einer bestimmten Zeit
- Durchführung bestimmter Handlungen, zum Beispiel Verfassen eines bestimmten Briefs

Je nach Inhalt des jeweiligen Mandats benötigen wir sehr unterschiedliche Informationen zur Mandatsbearbeitung, sodass keine abschließende Liste mit personenbezogenen Daten erstellt werden kann.

Diese Datenerhebung und -verarbeitung führen wir durch, um

- das jeweilige Mandat fachgerecht bearbeiten zu können, insbesondere den jeweiligen Mandanten bestmöglich zu beraten und seine Interessen zu vertreten,
- mit dem jeweiligen Mandanten zu kommunizieren,
- Rechnungen zu stellen,
- etwaige Haftungsansprüche gegen uns abzuwehren und eigene Ansprüche durchzusetzen und
- den Mandanten auf etwaigen weiteren rechtlichen Handlungs- oder Beratungsbedarf hinzuweisen.

Diese Datenerhebung und -verarbeitung erfolgt im Wesentlichen zur Erfüllung unserer Verpflichtungen aus dem jeweiligen Mandatsverhältnis (Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO). Teilweise erfolgt sie auch zur Wahrnehmung unserer berechtigten Interessen (Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO). Insoweit geht es um unsere Interessen, Vergütungsansprüche und sonstige Ansprüche durchzusetzen, Haftungsforderungen gegen uns selbst abzuwehren und Folgemandate zu erhalten.

Unter Umständen holen wir eine gesonderte Zustimmung für die Erhebung und Verarbeitung personenbezogener Daten ein. In solchen Fällen erfolgt die Datenerhebung und -verarbeitung durch uns auch auf Grundlage der erteilten Einwilligung (Art. 6 Abs. 1 lit. a DSGVO).

Die erhobenen Daten werden entsprechend der gesetzlichen Aufbewahrungspflicht für Anwälte gespeichert (derzeit 6 Jahre nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem das Mandat beendet wurde). Nach Ablauf dieser Aufbewahrungspflicht werden die Daten im Regelfall gelöscht und die Akten vernichtet. Vereinzelt werden Daten allerdings länger aufbewahrt, insbesondere wenn dies zur Erfüllung anderweitiger Aufbewahrungs- oder Dokumentationspflichten erforderlich ist (Art. 6

Abs. 1 lit. c DSGVO), wenn Titel vorhanden sind, aus denen unser Mandant noch vollstrecken möchte (Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO), wenn Titel vorhanden sind, aus denen wir noch vollstrecken möchten (Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO), oder wenn der Betroffene in einer längere Speicherung ausdrücklich eingewilligt hat (Art. 6 Abs. 1 lit. a DSGVO).

4. Erhebung und Verarbeitung personenbezogener Daten bei Mandatsanbahnung

Manchmal erheben und verarbeiten wir bei der Anbahnung eines Mandats, aber noch *vor* Erteilung des Mandats, bereits personenbezogene Daten von potenziellen Mandanten beziehungsweise von deren Vertretern. Dies erfolgt, um potenzielle Mandanten dahingehend beraten zu können, ob eine Mandatierung sinnvoll ist, insbesondere ob ein rechtliches Vorgehen oder eine rechtliche Beratung erforderlich ist. Es handelt sich insoweit um vorvertragliche Maßnahmen gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO.

Wenn aufgrund einer solchen Anbahnung letztlich ein Mandat erteilt wird, verwenden wir die bereits erhobenen Daten so weiter, als hätten wir diese Daten bei Mandatserteilung erhoben. Wenn es nicht zu einer Mandatierung kommt, werden die Daten gelöscht, sobald eindeutig klar ist, dass keine Mandatierung erfolgen wird.

5. Übermittlung von Daten an Dritte

Wir übermitteln die erhobenen Daten im Grundsatz nicht an Dritte.

Eine Weitergabe an Dritte kann allerdings erfolgen, wenn und soweit dies aus einem der folgenden Gründe notwendig ist:

- die Übermittlung ist für die Erfüllung eines Vertrages mit Ihnen erforderlich, insbesondere zur Mandatsbearbeitung,
- wir sind gesetzlich verpflichtet, die Daten weiterzugeben,
- die Weitergabe ist zur Wahrung unserer berechtigten Interessen i.S.d. Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO erforderlich und es besteht kein Grund zu der Annahme, dass Sie ein überwiegendes schutzwürdiges Interesse an der Nichtweitergabe Ihrer Daten haben. Dies betrifft insbesondere Situationen, in denen wir zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen Daten an Dritte weitergeben müssen,
- Sie haben eine ausdrückliche Einwilligung in die Datenweitergabe erteilt.

Eine Weitergabe personenbezogener Daten ist je nach Inhalt des Mandats insbesondere an folgende Kategorien von Personen möglich:

- Gerichte
- Vertragspartner und sonstige Kontaktpersonen des Mandaten
- Behörden
- Gegenseite
- Rechtsanwälte der Gegenseite
- Gerichtliche Sachverständige
- Privatsachverständige und sonstige Hilfspersonen.

6. Ihre Rechte

Sie sind nach Maßgabe der jeweiligen Regelungen der DSGVO berechtigt,

1. Auskunft über Ihre von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten zu erhalten,
2. Ihre personenbezogenen Daten berichtigen oder vervollständigen zu lassen,
3. Ihre personenbezogenen Daten löschen zu lassen („Recht auf Vergessenwerden“),
4. die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten einschränken zu lassen,
5. Ihre personenbezogenen Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesebaren Format zu erhalten oder direkt von uns an einen anderen Verantwortlichen übermitteln zu lassen („Recht auf Datenübertragbarkeit“),
6. der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu widersprechen,
7. eine bereits erteilte Einwilligung in die Datenverarbeitung gegenüber uns jederzeit zu widerrufen, ohne dass die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung berührt wird, und
8. sich bei einer Aufsichtsbehörde zu beschweren.

7. Insbesondere: Widerspruchsrecht nach der DSGVO

Sie haben jederzeit das Recht, einer an sich zulässigen Datenverarbeitung auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 lit. e oder f DSGVO (Datenverarbeitung zur Wahrung unserer berechtigten Interessen, zur Wahrung der berechtigten Interessen eines Dritten oder zur Wahrnehmung öffentlicher Interessen) aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, Widerspruch einzulegen.

Solche Gründe sind allerdings nicht erforderlich, wenn der Widerspruch sich gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zum Zwecke der Direktwerbung richtet.